

# Redmail

## SPD Hameln-Pyrmont

---

Ausgabe 09/2006 ■ 02. Oktober 2006



Gabriele Lösekrug-Möller

### Ein toller Erfolg!

Hameln-Pyrmont hat sich erneut entschieden. Nach gewonnener Landratswahl 2004 und Bundestagswahl 2005 haben sich die Bürgerinnen und Bürger in Hameln-Pyrmont auch bei der Kommunalwahl 2006 für die SPD-Spitzenkandidatinnen und Kandidaten entschieden und sie zu Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern gewählt.

Wir gratulieren Susanne Lippmann (Hameln), Silvia Nieber (Bad Münder), Elke Christina Roeder (Bad Pyrmont), Andreas Grossmann (Emmerthal), Harald Krüger (Hess. Oldendorf) und Bernhard Wagner (Aerzen).

Die Wahlen in Hameln-Pyrmont zeigen uns auch,

- dass die SPD kommunal auch weiterhin sehr stark verankert ist und in fast allen Städten, Gemeinden und im Landkreis die stärksten Fraktionen stellt bzw. eine gestalterische Mehrheit hat,
- dass die SPD der Bevölkerung sehr attraktive Kandidatinnen und Kandidaten für die Räte und den Kreistag, aber auch für die Spitzenkandidaturen geboten hat,
- dass die SPD-Fraktionen sich zum großen Teil erfolgreich erneuert haben.

Eure

*Gabriele Lösekrug-Möller*

### Inhalt

#### Aus dem Unterbezirk

- Ein Traum wird wahr

#### Aus Berlin

- Atomausstieg
- Gesundheitsreform

## Aus dem Unterbezirk

### Ein Traum wird wahr!

Ein Beitrag vom Rosa-Helfers-Haus-Team

Ihr erinnert Euch an die letzte Redmail? Unsere Wunschüberschrift in Dewezet sollte nach der Kommunalwahl lauten:

**„Die Rathäuser und das Kreishaus in Hameln-Pyrmont sind rot, SPD eindeutiger Wahlsieger“.**

Dieser Wunsch ist so nicht in Erfüllung gegangen. Stattdessen titelte die Dewezet unter anderem:

„Sensationeller Sieg für Elke Christina Roeder und die SPD“

„Bernhard Wagner siegt deutlich vor Wolfram Pott“

„Harald Krüger siegt nach einem fairen Wahlkampf“

„Silvia Nieber behält Bürgermeister-Posten“

„Lippmann gewinnt Hamelns OB-Wahl“

„Grossmann siegt in Emmerthal“

„Lippmann erobert Chfessessel im Rathaus – Frede verlässt Polit-Bühne“

Damit können wir sehr gut leben. Sechsmal ist die SPD mit Spitzenkandidaturen um die Bürgermeisterämter angetreten, sechsmal haben wir ins „Schwarze“ getroffen. Ein toller Erfolg, für alle Beteiligten!

Und wie geht es weiter? Nach dieser hervorragenden Ausgangslage wünschen wir uns, bei den anstehenden Landtagswahlen ebenfalls die dringend erforderlichen Korrekturen. Die SPD Hameln-Pyrmont sollte wieder mit zwei Direktmandaten in Hannover vertreten sein.

Die Landtagswahl kommt übrigens schneller als man/frau denkt. Der Wahltermin für Landtagswahl liegt zwischen dem 4.11.2007 und dem 3.2.2008.

In diesem Sinne

Glück auf!

Euer Rosa-Helfers-Haus-Team

## Aus Berlin

### Wir halten am Atomausstieg fest!

Aktuelle Informationen aus dem Willy-Brandt-Haus, Berlin

Ende September 2006 hat der Stromkonzern RWE beim Bundesumweltministerium einen Antrag auf Verlängerung der Laufzeit für das Kernkraftwerk Biblis A gestellt.

Der Atomkonsens, den Bundesregierung und Energieversorger im Jahr 2000 geschlossen haben, sieht vor, dass Biblis A als einer der ältesten Reaktoren im Jahr 2008 vom Netz gehen soll. Mit dem jetzigen Antrag stellt RWE den Atomkonsens in Frage. Wir Sozialdemokraten finden dies unverantwortlich.

- Die Mehrheit der Menschen in Deutschland will den Ausstieg aus der Risikotechnologie Atomkraft. Der Atomkonsens hat breiten Rückhalt in der Bevölkerung. Das sollten auch die Konzerne akzeptieren.
- Gerade die alten Kraftwerke müssen abgeschaltet werden. Es ist vernünftig, die Reaktoren zu betreiben, die die modernsten Sicherheitsstandards haben.
- Eine Verlängerung der Laufzeit blockiert wichtige Investitionen. Wir alle wissen: Eine sichere Energieversorgung für die Zukunft braucht jetzt Forschung, Entwicklung und Förderung.
- Und: Es ist und bleibt ein leeres Versprechen, dass der Strom aus Kernkraftwerken für die Verbraucher billiger ist. Der Strompreis bildet sich am Markt. Billiger Strom aus Kernkraft bedeutet lediglich höhere Gewinne für die Energiekonzerne. Niedrigere Strompreise erreichen wir durch mehr Wettbewerb auf dem Strommarkt. Dafür stellen wir als SPD die Weichen.

Sichere Energie für morgen.  
Ohne Atomkraft.

## **Für ein leistungsfähiges und gerechtes Gesundheitswesen.**

Aktuelle Informationen aus dem Willy-Brandt-Haus, Berlin

Wir halten unvermindert an dem langfristigen Ziel fest, die Krankenversicherung in Deutschland zu einer solidarisch finanzierten Bürgerversicherung auszubauen. Die SPD weiß sich dabei in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit der Bevölkerung.

Die tragenden Grundprinzipien einer sozialen Krankenversicherung – das Bedarfsprinzip der Inanspruchnahme und das Solidarprinzip der Finanzierung, sind unsere Leitlinien für eine Weiterentwicklung der Krankenversicherung für alle. Sie sollen für gesetzliche und private Krankenversicherungen gleichermaßen gelten.

Die in der Regierungskoalition zwischen SPD, CDU und CSU vereinbarten Eckpunkte für eine Gesundheitsreform in diesem Jahr sind ein guter Kompromiss, bei dem Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten einiges erreicht haben. Erste Schritte zu einer Ausweitung der Solidarität im Gesundheitswesen sind sichtbar.

- Künftig wird niemand seinen Krankenversicherungsschutz verlieren. Wer jetzt ohne Krankenversicherungsschutz ist, hat Anspruch, wieder in seine letzte Krankenversicherung aufgenommen zu werden. Damit stellen wir sicher, dass künftig jeder Bürger und jede Bürgerin in Deutschland krankenversichert ist.
- Wir verbessern die Versorgung durch weitere Strukturreformen. Das Hausarztprinzip, die integrierte Versorgung und medizinische Versorgungszentren werden gestärkt. Wir konnten das Erfolgsmodell integrierte Versorgung finanziell besser absichern und für neue Bereiche wie beispielsweise die Pflegeversicherung oder die Schnittstelle zwischen Akutversorgung, Rehabilitation und Pflege erschließen.
- Es sind neue Leistungen aufgenommen worden, wie z.B. notwendige Impfungen, Eltern-Kind-Kuren, geriatrische Rehabilitation und Palliativversorgung. Leistungsausgrenzungen gibt es nicht.
- Mit dem Einstieg in eine teilweise Finanzierung von gesamtgesellschaftlichen Aufgaben aus dem Bundeshaushalt wird die GKV auf eine langfristig stabilere und gerechtere Basis gestellt. Dies ist eine grundlegende Neuerung bei der Finanzierung des Gesundheitswesens, weil jetzt auch langfristig möglich ist, die besonders gut Verdienenden an der solidarischen Finanzierung zu beteiligen.
- Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Versicherten bleibt Maßstab der Beiträge. Die Bemessung der Beiträge nach der Leistungsfähigkeit der Versicherten ist das wichtigste Merkmal der solidarischen Versicherung. Die SPD konnte durchsetzen, dass an diesem Prinzip nicht gerüttelt wird. Neu ist, dass die Beitragssätze künftig per Gesetz festgelegt und angepasst werden.
- Die privaten Krankenversicherungen müssen sich angleichen und sich einem Wettbewerb öffnen. In einem sog. Basistarif, der neben den Rückkehrern allen freiwillig Versicherten offen steht, darf es weder Ablehnungen noch Risikozuschläge geben. Im privaten System wird Wettbewerb hergestellt, weil die dort Versicherten künftig ihre Altersrückstellungen mitnehmen können und damit erstmals eine zumutbare Möglichkeit besteht, den privaten Versicherer zu wechseln. Dies ist ein großer Schritt hin zur von der SPD gewollten Annäherung von privater und gesetzlicher Krankenversicherung zu vergleichbaren Bedingungen.

Der Gesundheitsfonds ist das Ergebnis der Verhandlungen mit der Union. Aber er ist kein Selbstzweck. Ohne einen zielgenauen Ausgleich der Risikostrukturen der einzelnen Kassen und ohne substantiellen Steuerzuschuss verliert ein Gesundheitsfonds seine Begründung. Ebenso darf an der Belastungsobergrenze für einen möglichen Zusatzbeitrag von einem Prozent nicht gerüttelt werden.

Wir bleiben bei der Ablehnung von Leistungsausgrenzungen. Maßstab für die Leistungen der Krankenversicherung bleibt das medizinisch Notwendige.

Wir halten am Sachleistungsprinzip fest, das die Grundlage für die einkommensunabhängige Gewährleistung notwendiger Leistungen ist. Denn jede Entsolidarisierung benachteiligt insbesondere diejenigen mit niedrigeren Einkommen und Alters- einkünften, unsteten Erwerbs- und Familienbiographien und besonderen Versorgungsbedürfnissen.

Der jetzt gefundene Kompromiss ist ein Einstieg in die Neu- ausrichtung des Gesundheitswesens, der geeignet ist, den Weg zu einer Verbreiterung der Finanzierungsbasis und zu modernen und effizienten Versorgungsstrukturen zu ebnet.

Auf dem Weg zur Bürgerversicherung sind weitere Schritte erforderlich. Die solidarische Bürgerversicherung ist die Grundlage für ein soziales Gesundheitswesen, das den Anforderungen moderner europäischer Sozialstaaten in einer veränderten Gesellschaft und modernen Arbeitswelt gerecht wird.

Sie verbindet eine sichere Versorgung, eine gerechte Finanzierung und die Möglichkeiten, präventive und vorsorgende Leistungen für die ganze Gesellschaft zu erbringen.

## Kontakte

### Unterbezirksbüro

Heiliggeiststr. 2  
31785 Hameln  
Telefon: +49.[0]5151.1073380  
Telefax: +49.[0]5151.1073394  
Email: Hameln-Pyrmont@spd.de  
Homepage: www.SPD-Hameln-Pyrmont.de

### Abgeordneten-Büros

Heiliggeiststr. 2  
31785 Hameln  
**Gabriele Lösekrug-Möller, MdB**  
Telefon: +49.[0]5151.1073399  
Telefax: +49.[0]5151.407486  
Email:  
Gabriele.Loesekrug-Moeller@wk.bundestag.de

### Volker Brockmann, MdL

Telefon: +49.[0]5151.1073397  
Telefax: +49.[0]5151.1073395  
Email: v.brockmann@web.de

### Kreistagsfraktion

Heiliggeiststr. 2  
31785 Hameln  
**Ulrich Watermann,**  
**Fraktionsvorsitzender**  
Telefon: +49.[0]5151.1073385  
Telefax: +49.[0]5151.1073394  
Email: SPD-Kreistag-HM-PY@t-online.de